

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Kreuz Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bote“. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zahlung ins Haus für Monat März 20.— M., im voraus zahlbar. Für Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen besorgen für Deutschland, Dänisch, Ost- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Litauen 20.— M., für das übrige Ausland 27.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 40

Die sechsheftige Kampfbroschüre über den Raum kostet 10.— M. einschließlich Inlandsteuer. Klein Anzeigen: Das feilgebotene Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 einschließlich Inlandsteuer. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 7.— M. pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das feilgebotene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—153 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vertrauensvotum für die Regierung

Endlose Geschäftsordnungsdebatten — Zweidrittel-Mehrheit für das Kabinett Wirth Stimmhaltung der U. S. D.

Der Reichstag nahm das vom Zentrum eingebrachte Vertrauensvotum mit 248 gegen 81 Stimmen bei 43 Enthaltungen an. Der Stimme enthalten haben sich die Unabhängigen und einige Mitglieder der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft.

Der Reichstag hat gestern mit großer Mehrheit die Erklärungen der Regierung zur Außenpolitik gebilligt und ihr deshalb das Vertrauen ausgesprochen. Bevor er aber zu dieser Entscheidung kam, waren mancherlei Hindernisse zu überwinden. Die Deutsche Volkspartei, die am Mittwoch trotz der Rede von Stresemann beschlossene hatte, sich bei dem Vertrauensvotum der Abstimmung zu enthalten, beschloß gestern wegen der Rede Stresemanns für das Vertrauensvotum zu stimmen! So war eine große Mehrheit für die Regierung gesichert und die Hoffnungen der Deutschen auf Unterstützung ihrer Demagogie geschwächt. Das erregte ihre tiefgehende Wut. Verzweifelt rangen sie, um aus der Isolierung herauszukommen, und schütteten deshalb ein ganzes Bündel von Abänderungsanträgen auf das Haus nieder. Die von ihnen über die Art der Abstimmung heraufbeschworene Geschäftsordnungsdebatte aber brachte ihnen eine weitere Niederlage. Zum ersten Mal in diesem Reichstage entstanden Tumultszenen, bei denen die Scheidelinie nicht zwischen rechts und links, sondern zwischen den Deutschen und den übrigen bürgerlichen Parteien gezogen war. Helfferich und Hergt belahen förmliche Wutanfälle, als der Führer der Bayerischen Volkspartei, der Abgeordnete Leigt, sie der unehrlichen Zwie- tracht zick.

Ihre Gegenpole von links aber wurden genau so isoliert. Die paar Männlein um Roenen und Höllein, nur bemerkenswert wegen ihres Mundwerks, aber zu schwach, selbständig Anträge zu stellen, bekundeten ihre Seelengemeinschaft mit den Deutschen durch die Stellung von Abänderungsanträgen zu dem deutschnationalen Misstrauensvotum. Aber auch sie fielen glatt ab, da weder die D. N. G. noch die U. S. P. ihnen Gefolgschaft leistete.

Die Haltung der Unabhängigen Fraktion ist aus der unten wiedergegebenen Erklärung ersichtlich, die der Genosse Henke im Namen der Fraktion abgab. Wenn unsere Fraktion nicht nur das Misstrauensvotum der Deutschen ablehnte, sondern sich auch bei dem Vertrauensvotum der Stimme enthielt, so liegt darin durchaus keine Preisgabe ihres bisherigen Standpunktes zur Außenpolitik. Im Gegenteil. Nachdem der Reichskanzler zutreffend das Steuerkompromiß einen integrierenden Bestandteil der Außenpolitik genannt hatte, mußte der von der Fraktion zu dem unzulänglichen Steuerkompromiß eingenommene Standpunkt auch jetzt zum Ausdruck kommen. Um so mehr, als das Steuerkompromiß nicht nur unsozial, sondern auch ungenügend ist und dadurch die von uns geforderte Außenpolitik schwerer vermeidbar gewordenen Gefährdungen ausgesetzt worden ist.

Die Fraktion hat aber in ihrer Erklärung keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Eingriff der Entente in die Finanzhoheit und den Versuch der Kontrolle über die deutsche Wirtschaft auf's schärfste zurückweist, so daß das Ausland erkennen muß, daß es in dieser Beziehung auf die allgemeine Gegnerschaft des deutschen Volkes stoßen wird.

Erklärung Henke

„Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich stets für eine Politik der internationalen Verständigung und des Wiederaufbaus eingesetzt und Maßnahmen der Regierung Wirth unterstützt, die dieser Politik dienlich waren. Es ist das Verdienst der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß der Bankrott der Weltwirtschaft und der Gewalt, die bisher den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert hat, offenbar geworden ist. Diesen Bankrott konnten die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit den Vertretern der sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Groß-

britanniens und Italiens auf der Sozialisten-Konferenz in Frankfurt a. M. feststellen.

Die Schwierigkeiten und Widersprüche, die aus den Rivalitäten und der Anarchie des Kapitalismus entspringen, kann nur der internationale Sozialismus überwinden.

Selbst in der heutigen kapitalistischen Welt können Änderungen und provisorische Lösungen nur gefunden werden auf der Grundlage internationaler Verhandlungen. Das proletarische Klasseninteresse und die gesellschaftliche Entwicklung fordern von den sozialistischen Parteien aller Länder, sich für solche Änderungen und provisorische Lösungen einzusetzen, bis eine sozialistische Lösung möglich ist.

Die Unabhängige Sozialdemokratie bekämpft nach wie vor die Politik des Zwanges und der Gewalt, die von den deutschen Chauvinisten betrieben wird, um das System der Verdrängung, der Verdrängung und des Wiederaufbaus durch eine Raubkriegspolitik zu verdrängen, und die von den ausländischen Kapitalisten betrieben wird, um militärisch oder wirtschaftlich oder finanziell die Hand auf Länder zu legen, die durch den Krieg zurunde gerichtet sind.

In Uebereinstimmung mit den sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens erklärt die Unabhängige Sozialdemokratie am Vorabend der Konferenz von Genoa, daß die Weltwirtschaft nicht ohne den Wiederaufbau Europas, insbesondere Rußlands, wiederhergestellt werden kann, und daß der Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaft Deutschlands mit der Frage der Reparation untrennbar verbunden ist. Die Erörterung auch der Reparationsfrage in Genoa ist daher unerlässlich.

Die Lösung dieser Probleme ist nur möglich durch Maßnahmen von internationalem Charakter, die in ihren Einzelheiten bereits von den sozialistischen Konferenzen in Wien, Amsterdam und Frankfurt a. M. formuliert worden sind.

In Uebereinstimmung mit den Frankfurter Beschlüssen hält die Unabhängige Sozialdemokratie namentlich folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Annahme eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit.
2. Die Schaffung eines internationalen Wiederaufbauinstituts durch alle daran interessierten Staaten, um die Rohstoffe und Arbeitskräfte den Bedürfnissen des Wiederaufbaus dienlich zu machen.
3. Befreiung durch internationale Uebereinkunft derjenigen Schulden, die Deutschland in Bezug auf die Aricaopositionen aufgebürdet wurden, im Widerspruch zu Wilsons 14 Punkten, die bereits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen wurden.
4. Streichung der internationalen Schulden, die aus dem Kriege entstanden sind.
5. Vorschüsse an die Länder, deren Kauf- und Produktionsfähigkeit zurzeit lahmgelegt ist durch Verierung von Maschinen, Lebens- und Transportmitteln, die unentbehrlich sind, um die Hungersnot zu bekämpfen und die Industrie wieder aufbauen zu können.
6. Gründung eines internationalen Instituts für Wiederaufbau und Arbeitsgewährung, namentlich in dem Zweck:
 - a) den verarmten Ländern sofort die nötigen Summen zu sichern, die zu ihrer Wiederherstellung unentbehrlich sind;
 - b) den durch Hungersnot heimgekehrten Ländern, die nicht imstande sind, ohne Hilfe von auswärts ihren Platz in der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft wieder einzunehmen, zu Hilfe zu kommen;
 - c) die Zahlung von Pensionen aller Aricaopfer in dem Maße des Möglichen zu internationalisieren.
7. Die Einlegung eines internationalen Schiedsgerichts für alle Streitigkeiten, die sich aus der Ausführung dieses Wiederaufbauplanes ergeben können.

Tritt die Unabhängige Sozialdemokratie außenpolitisch jeder Politik des Zwanges und der Gewalt entgegen, so ist sie entschlossen, jede innere Politik zu bekämpfen, durch die die Forderungen der Reparation vornehmlich auf die Schulden der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelegt werden sollen.

Eine grundlegende Neuordnung der deutschen Innenpolitik ist notwendig. Dabei handelt es sich wie um die Aufgabe der Produktions- und Wirtschaftspolitik, so um die Frage der Sozialpolitik und der Steuerpolitik.

Auf dem Gebiete der Steuerpolitik verlangt die Unabhängige Sozialdemokratie in Uebereinstimmung mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auf der Afa aufgestellten Forderungen eine Finanzreform auf der Grundlage der Ersetzung der Schwerte und eine ausreichende Heranziehung der Besitzenden für die Reparationsleistungen, unter Schonung der bereits unerträglich belasteten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa aufgestellten Forderungen eine Reorganisation der Reichsbetriebe unter unbedingter Ablehnung aller Versuche ihrer Ueberführung in Privatbesitz, um die bürokratische Bevormundung zu beseitigen und die größte Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe herbeizuführen. Ueber diese Reorganisation hinaus ist die Sozialisierung zunächst des Kohlenbergbaus erforderlich.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik verlangt die Unabhängige Sozialdemokratie Ausbau und Fortführung der sozialen Fürsorge, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor körperlicher und geistiger Verelendung zu bewahren und durch erhöhte Leistungsfähigkeit der Arbeitenden die Ertragskraft der Produktion zu steigern.

Schärfsten Kampf legt die Unabhängige Sozialdemokratie allen an, die den Achtundentag, das Streikrecht und alle anderen Arbeiterrechte anzutasten wagen.

Auch innenpolitisch wird die Unabhängige Sozialdemokratie sich wie bisher rücksichtslos für die Lebensinteressen der Arbeiter, Angestellten und Beamten einsetzen, alle Maßnahmen der Regierung Wirth daraufhin prüfen und, je nachdem, unterstützen oder verwerfen.

Die gegenwärtig zur Entscheidung stehende Außenpolitik der Regierung Wirth findet in ihrer großen Linie zwar die Zustimmung der U.S.P., insbesondere halten auch wir den angebotenen Eintritt in die deutsche Finanzhoheit und die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft für unerlässlich. Die innenpolitische Fundamentierung dieser Außenpolitik, insbesondere durch das Steuerkompromiß der archkapitalistischen Deutschen Volkspartei, fordert dagegen den schärfsten Widerspruch der Partei heraus, den sie bei der unmittelbaren bevorstehenden dritten Lesung der Steuerreform einbringen begründen wird.

Von diesen Erwägungen aus lehnt die U.S.P. den vorliegenden Misstrauensantrag der Deutschen Nationalen ab und enthält sich gegenüber dem Vertrauensantrag der Regierungsparteien der Stimme. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Der Sitzungsbericht

Donnerstag, den 30. März 1922.

Präsident Ebbe eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Min.

Der Gesetzentwurf, betreffend elsaß-lothringische Angelegenheiten wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Beim zweiten Tagesordnungspunkt, dem Entwurf eines Gesetzes, das das Gesamtjahreseinkommen der Empfänger von Invaliden- oder Altersrente oder von Ruhegeldern auf 4500 M., die Witwen- oder Waisenrente auf 3000 M. und die Waisenrente auf 2000 M. festsetzt, erhält nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte das Wort.

Abg. Karsten (U.S.P.):

Wir müssen uns entschieden dagegen wenden, daß die Erhöhung der Unterstützung in das Belieben der Gemeinden und Länder gestellt ist. Ebenso entschieden wenden wir uns gegen die Höhe der Unterstützungssätze. Wir verlangen die Erhöhung der Invaliden- oder Altersrente auf 6000 M. und zwar für alle Rätter und ohne jede Anrechnung anderer Bezüge. Wir verlangen weiter die Erhöhung der Witwen- und Waisenrente auf 3000 M. und der Waisenrente auf 2400 M. Wir wollen erreichen, daß statt nach der Bedürftigkeit allen Rentenempfängern diese Unterstützungssätze zufließen werden. Die Bestimmungen des Gesetzentwurfs führen dazu, daß in einer ganzen Anzahl von Fällen die Erhöhung der Unterstützung überhaupt nicht gezahlt wird. Schon der Umstand, daß die Leute sich melden müssen, wenn sie etwas bekommen wollen, hat dazu geführt, daß den Empfangsberechtigten die Rente vielfach kürzer ist. Denn viele Rentenempfänger wissen gar nicht, daß ein Gesetz, welches ihre Bezüge erhöht, besteht. Bei vielen Gemeindebehörden besteht auch gar keine Klarheit darüber, was mit dem jetzt bestehenden Gesetz beabsichtigt ist.

Und viele wissen nicht einmal, daß es besteht.

Die schon jetzt geltende Bestimmungen, daß Bezüge aus anderen Quellen anzurechnen sind, hat dazu geführt, daß z. B. die Anaplastikassen sagen, wir wollen nicht mehr zahlen, weil wir ja das nur den Gemeinden und dem Reich schenken, was wir den Sozialrentnern zugute bringen wollen. Nehulich liegt es bei der deutschen Altershilfe. Wenn das Gesetz Unterstützung nur nach der Bedürftigkeit gewähren will, muß es so ausgestaltet sein, daß es die Bedürftigkeit bezieht. Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll das Existenzminimum von 3000 auf 4500 M. erhöht werden. Wer will behaupten, daß mit den 1800 M. für das ganze Jahr die Forderung ausgeglichen werden kann. Die Rückständigkeit des Reichsarbeitsministeriums kennzeichnet sich auch dadurch, daß der Reichsarbeitsminister erklärte, früher vor dem Kriege hätten die Renten zum Leben auch nicht ausgereicht, er lehne daher auch jetzt ab, Renten zu gewähren, von denen sich leben lasse. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, die Armen vor bitterer Not zu schützen. Man sehe sich nicht kaltherzig über alle brennen-

den Fragen, geboren aus der ungeheuren Not der Witwen und Waisen, hinweg. Geben Sie den Veteranen der Arbeit das, was sie mit gutem Recht beanspruchen können, um zu leben. (Beifall bei der USP.)

Abg. Meier (Zwickau-S. P. D.): Wir werden den Gesuchentwurf zu stimmen. Gewiss ist auch mit 4800 M. die Bedürftigkeit nicht behoben. Aber ist sie denn behoben, wenn der Antrag Karften angenommen wird? Nachdem wir, die wir im Reichstag der bürgerlichen Mehrheit eine andere Mehrheit nicht entgegenstellen können, mit den bürgerlichen Parteien und auf einen Gesuchentwurf geeinigt haben, können wir nicht dagegen stimmen.

Ministerialdirektor Ritter: Der Antrag Karften würde eine Ausgabe von 10 Milliarden Mark verursachen. Es ist nicht richtig, daß das Reichsamt für den Reichsamt für die Not der Armen nicht genügend warmes Empfinden hätte.

Abg. Karften (USP.): Es ist nicht richtig, daß die Durchführung meines Antrags 10 Milliarden Mark erfordert. Für die Alters- und Invalidenrenten würden 6 Milliarden Mark und mit Einschluß der Witwen- und Waisenrenten vielleicht 7 Milliarden, aber bei weitem keine 10 Milliarden erforderlich sein. Mit solchen Ansprüchen will man nur unbedeutende Anträge abwehren. Herr Meier hat behauptet, zwischen der Vorlage und unserem Antrage bestehe keine große Differenz. Das sollte ihm aber gerade Anlaß sein, unsern Antrage zuzustimmen. Aber jedes Mal, wenn eine Gesetzesrevision vorgenommen wird, weil die Not unheilbar ist, revidiert man in dem Sinne, daß nicht einmal die Unterstützungsfähigkeit entsprechend der Steigerung der Not erhöht werden.

Die Abänderungsanträge unserer Fraktion werden gegen die Stimmen der USP, RAG und SPD abgelehnt. Wegen der sofortigen Vornahme der dritten Lesung wird vom Genossen Karften Einspruch erhoben.

Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Leicht (D. Sp.): Wir werden den Antrag der Deutschnationalen, der der Regierung das Mißtrauen ausdrückt, ablehnen. Die Rechtefrage ist: Würden Sie die Verantwortung übernehmen, nach Genua zu gehen mit einer Regierung, die etwa von Ihrer Seite gestellt würde? (Sehr gut!) Wie stimmen Sie der Erklärung der Reichsregierung und der Begründung des Reichskanzlers vollkommen zu.

Abg. Levi (RAG): Als ich wegen der Mißtrauensklärung des Reichskanzlers dem Reichstag die deutsche Armee in Rußland wie ein Delfin auf dem Papier ausbreiteten und Stück für Stück von dem zuckenden Rußland abriß, da hat man hier nichts von Gewaltfrieden gehört. Die bisherige Politik der Erfüllung lief darauf hinaus, das Verborgene zu reizen und die Arbeitskraft des Volkes auszunutzen. Die Erfüllungspolitik ist nicht zu umgehen, aber die Kosten der Erfüllung müssen denen aufgebürdet werden, die sie tragen können. Es muß auch alles getan werden, um das Ausmaß der Arbeiter- und Bauern wieder in den großen Rahmen der Weltwirtschaft hineinzubringen. Es ist hochvergnügend, daß die Sozialdemokratie ihre Erfüllungspolitik in die Hände der Deutschen Volkspartei legte. Man hat in den Reihen der Kompromißparteien keine einheitliche Politik gefunden, aber eine einheitliche Formulierung, hinter der man sich verbergen kann. Die Entwicklung wird die Sozialdemokratie nicht vor der Entscheidung bewahren, ob sie sich trennen will von den kapitalistischen Parteien. Wir sehen nur eine Regierung, die schlecht ist nach außen, weil sie schlecht ist nach innen. Deshalb werden wir auch das Vertrauensvotum für die Regierungserklärung ablehnen.

Abg. Frölich (SPD): Die Voraussetzung für die Erfüllung ist die Befreiung und Befreiung der Arbeiter durch das Kapital, und der Inhalt ist die Befreiung und Befreiung des deutschen Volkes durch das Ausland. Durch die Reparationspolitik sollte die Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden, sie hat sie aber im Gegenteil immer mehr zerrüttet. Redner weist im weiteren in sehr eingehenden Ausführungen auf die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verbindung Deutschlands mit Rußland hin.

Damit ist die Debatte über die Regierungserklärung beendet. Es folgen Abstimmungen.

Stürmische Szenen bei der Abstimmung

Es sind während der Beratung folgende Anträge eingegangen:

Antrag Marx (Jtr.): Der Reichstag verwahrt sich gegen die in der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 dem deutschen Volke angedrohten unerträglichen Forderungen. Er billigt daher die von der Reichsregierung abgegebene Erklärung.

Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Ein Antrag Dergt und Genossen (D. Nat.), der der Regierung das Vertrauen verleiht. Dieser Antrag wird begründet durch, daß die Erfüllungspolitik der Regierung durch nach der letzten Note als völlig verfehlt und verhängnisvoll erwiesen sei.

Zwei Zusatzanträge Dergt: Dem Antrage Marx hinzuzufügen, „soweit sie eine klare Zurückweisung des Angriffs der Reparationskommission auf die Souveränität des deutschen Reiches enthalten“. Er vermischt jedoch die klare und eindeutige Stellungnahme zu der Forderung der Reparationskommission auf neue Steuern, wie auch zu der Deutschland auferlegten Kontributionslast. Er vermischt ferner jede Zurückweisung des Versuchs der Reparationskommission auf deutsches Privatvermögen ganz zu legen.

Im Falle der Ablehnung dieses Zusatzantrages liegt ein Antrag Dergt vor, den Abfall des Marx'schen Antrags: „Er billigt daher die von der Reichsregierung abgegebene Erklärung“ zu streichen.

Ein Abänderungsantrag Roenen und Genossen (SPD): Den Mißtrauensantrag Dergt dahin zu ändern, daß die ersten fünf Absätze gestrichen werden und der letzte Absatz geändert wird in: „Der Reichstag verleiht der Regierung Mißtrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf“.

Abg. Dergt (D. Nat.) begründet die Anträge der Deutschnationalen Fraktion. Wendet sich in längerer Ausführungen gegen Stresemann, der in seiner Rede die Aussprüche des Reichskanzlers bedingungslos gebilligt habe. (Zunult.)

Abg. Stresemann (D. Sp.) verwahrt sich gegen die Angriffe Dergt, daß er bedingungslos die Rede des Reichskanzlers gebilligt hätte, und bracht sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß die Deutschnationalen erst in der letzten Minute mit ihren den Sinn des Vertrauensantrags Marx entstellenden Zusatzanträgen kämen.

Wir werden in der jetzigen Situation dem Vertrauensantrag Marx zustimmen.

da wir die Notwendigkeit erkennen, gegen die Zunimmungen der Entente eine möglichst breite Front im deutschen Volke zu finden. Wir werden uns der Stimme zu den Zusatzanträgen der Deutschnationalen enthalten.

Abg. Roenen (SPD) begründet unter großer Heiterkeit des Hauses die auffallende Tatsache, daß die Kommunisten zu einem deutschnationalen Antrage Abänderungsanträge stellen. Sie hätten bei der USP, um Unterzeichnung eines selbständigen Mißtrauensvotums nachgesucht, da sie allein nicht die notwendige Stimmenzahl zur Einbringung eines solchen Antrags besitzen. Die USP, hat dies abgelehnt. Sie wären gezwungen gewesen, diesen Schritt zu tun, hätten jedoch alle nationalen Phrasen aus dem Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gestrichen.

Abg. Levi (RAG): Die RAG hat den Mißtrauensantrag der Kommunisten nicht unterstützen wollen, da wir

Die Zersetzung der russischen kommunistischen Partei

Unterdrückung der Opposition

Es ist schon mehrfach von uns festgestellt worden, daß die russische kommunistische Partei, die sich nur mit Hilfe einer schrankenlosen Diktatur an der Macht hält, längst aufgehört hat, eine proletarische Partei zu sein. In dem Maße, wie sie nun mehr und mehr dem Kapitalismus und der Bauernschaft Konzessionen machen muß, wendet sie sich neuerdings auch gegen die proletarischen Elemente, die in der Partei verblieben sind. Das hat naturgemäß zur Folge, daß die proletarische Opposition in der kommunistischen Partei an Umfang und Stärke zunimmt. Gegen diese Opposition werden nun von den zentralen Körperlichkeiten die schärfsten Maßnahmen ergriffen. Unlängst wurde bereits gemeldet, daß die Exekutive der Moskauer Internationale unter Mitwirkung von Frau Clara Zetkin und Cadin der Mahregelung der sogenannten Arbeiteropposition, die unter der Führung von Alexander Kollontaj und Schlapnikoff steht, zugestimmt hat. Nun veröffentlicht die von Paul Levi herausgegebene Zeitschrift „Unser Weg“ einen Brief aus kommunistischen Kreisen in Rußland, der im Anschluß an die von den Kommunisten ausgegebene demagogische Parole der „einheitlichen Arbeiterfront“ die Niederknüpfung der proletarischen Opposition nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in der kommunistischen Partei selbst schildert. Dieser Brief, der ein höchst bedeutungsvolles Dokument ist, lautet:

„Meine Genossen! Aus unseren Zeitungen haben wir erfahren, daß die internationale Konferenz der kommunistischen Internationale über die Frage einer „einheitlichen Arbeiterfront“ berät, und da halten wir es für unsere kommunistische Pflicht, auch davon in Kenntnis zu setzen, daß es mit der Sache der Einheitlichkeit in unserem Lande nicht nur im weiteren Sinne des Wortes unangänglich besteht, sondern sogar dann, wenn man dieses Wort nur gegenüber den Reihen unserer Partei anwenden wollte. In der Zeit, wo die Profite der bourgeoisischen Elementargehalt auf sich von allen Seiten drücken, und selbst in das Innere unserer Partei eindringen, deren sozialer Bestand (40 Prozent Arbeiter und 60 Prozent Nichtproletarier) dies begünstigt, führen unsere leitenden Zentren einen unerschütterlichen zersetzenden Kampf gegen alle, besonders gegen die Proletarier, die es sich erlauben, eine eigene Meinung zu haben, und wenden für die Reuekerung dieser Meinung innerhalb der Partei jegliche Repressivmaßnahmen an.“

der Ehe-Genossenschaft mit den Deutschnationalen leid sind. Wir haben außerdem keinen Grund, durch ein eingebrachtes Mißtrauensvotum den Regierungsparteien mit der Ablehnung eines solchen Antrags Veranlassung zu geben, auf diese Weise der Regierung ihr Vertrauen auszusprechen. Die Abstimmung wird unsere Stellungnahme zur Regierung kennzeichnen.

Abg. Schulz-Bromberg (Din.) erhebt Protest gegen die zugemutete Debatte mit den Kommunisten. Die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu dem Vertrauensantrag der Regierungsparteien bedeutet kein Vertrauensvotum für die Regierung.

Nach einer Erklärung des Abg. Weiss (SPD) wird beschlossen, den Vertrauensantrag bei der Abstimmung vorwegzunehmen.

Abg. Schulz-Bromberg (Din.) fordert im Interesse einer nationalen Einheitsfront die Teilung dieses Vertrauensantrages in zwei Abstimmungen.

Nach der Geschäftsordnung kann eine solche Teilung wohl beantragt werden, doch hat bei einem im Reichstag vorhandenen Zweifel über diese Teilungsberechtigung der Antragsteller zu entscheiden. Präsident Wde äußert einen solchen Zweifel.

Abg. Marx (Jtr.): Wir sind nicht gewillt, einer solchen Teilung unseres Antrags zuzustimmen. Ich beantrage die Abstimmung über die Zulässigkeit der Zusatzanträge der Deutschnationalen, die unseren Vertrauensantrag vollkommen verändern.

Der Präsident hat in der Geschäftsordnung jedoch nicht die Möglichkeit, diese Anträge zurückzuweisen. Er bittet, die Frage heute nicht endgültig zu entscheiden, sondern bis zur Feststellung durch die neue Geschäftsordnung solche Zusatzanträge für zulässig zu erklären. — Das Haus erklärt sich damit einverstanden.

Abg. Leicht (D. Sp.): Ich spreche mein tiefstes Bedauern über die Art und Weise der Deutschnationalen aus, die durch ihre Anträge versuchen, Zwickung in die deutsche Bevölkerung zu säen. (Ungehöriger Tumult rechts.) Der Ernst der Situation verlangt in einem Augenblick, wo die Entscheidung für Deutschlands Zukunft gefällt wird, ein würdiges Benehmen (Zunult rechts). — Zurufe links. Die Abg. Künstler und Adolf Hoffmann werden zur Ordnung gerufen.) Der Sinn der Ausführungen des Abg. Schulz-Bromberg, in der Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu dem Vertrauensvotum ein Vertrauen zur Regierung nicht zu erblicken, ist auch nur, Zwickung in die Bevölkerung zu säen. Die Abstimmung wird die nötige Klarheit bringen.

Die Abstimmung über die Zusatzanträge wird eine namentliche sein. Der Abänderungsantrag der Kommunisten ist nicht genügend unterstützt, er kann nicht aufrecht erhalten werden.

Bei Schluß des Blattes legte das Haus noch. Es beschäftigte sich mit der Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Die Hochburg der russischen Monarchisten

Das Attentat in der Philharmonie hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder etwas mehr auf die Tätigkeit der russischen Monarchisten in Deutschland gelenkt. Diese haben sich, besonders im letzten Jahre, aus aller Herren Ländern hier zusammengezogen einmal, weil sie zufolge der entwerteten Welta in Deutschland billiger leben können, zum anderen, weil die enge Nachbarschaft zwischen Deutschland und Rußland und die guten Verbindungen mit den deutschen Monarchisten gerade Deutschland zu einem sehr günstigen Aufmarsch- und Operationsgebiet machen.

Es besteht hier eine ganze Reihe straff zusammengefaßter russischer Verbände, deren Ziel die Wiedereinführung des Zarismus in Rußland ist. An der Spitze der Vereinigungen steht der sogenannte „Oberste Monarchistische Rat“, dem folgende Sondervereinigungen unterstellt sind: 1. Monarchistische Vereinigung, 2. Verband der Offiziere der ehemaligen Armee und Flotte, 3. Russisches Kirchenkomitee,

Das Bestreben, die proletarischen Massen dem Staate zu nähern, wird als „Anarcho-Syndikalismus“ hingestellt und die Anhänger dieser Bestrebungen werden verfolgt und in Mißkredit gebracht.

Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung herrscht daselbst die Unterdrückung der Selbsttätigkeit der Arbeiter, der Initiative und des Kampfes mit den Unterdenkenden mit allen Mitteln. Die vereinigten Kräfte der Partei und Gewerkschaftsbürokratie ignorieren unter Ausnutzung ihrer Stellung und ihrer Macht die Beschlüsse unserer Kongresse über die praktische Durchführung der Grundlagen der Arbeiterdemokratie. Unsere Fraktionen der Gewerkschaftsverbände, ja selbst die Fraktionen ganzer Kongresse werden des Rechts beraubt, ihren Willen bei der Wahl der eigenen Zentralinstitutionen zu äußern. Die Vorbereitung und der Druck der Parteianträge geht so weit, daß den Mitgliedern der Partei unter der Drohung des Ausschlusses und anderen Repressivmaßnahmen vorgeschrieben wird, nicht diejenigen Leute zu wählen, die die Kommunisten selbst wollen, sondern diejenigen, die von den alles ignorierenden Spitzen gewünscht werden. Derartige Arbeitsmethoden führen zum Karrierismus, zum Intrigenspiel und Baklanismus und die Arbeiter beantworten dies alles mit dem Austritt aus der Partei.

Indem wir die Idee einer einheitlichen Arbeiterfront in der Interpretation derselben auf Grund des Punktes 23 der Thesen teilen, wenden wir uns an euch und hegen den aufrichtigen Wunsch, daß all den unnormalen Erscheinungen ein Ende bereitet wird, die der Einheit dieser Front vor allen Dingen innerhalb unserer kommunistischen Partei Rußlands im Wege stehen.

Tiefe Lage innerhalb unserer Partei ist derartig schwer, daß sie uns zwingt, uns an euch um Hilfe zu wenden und auf diese Weise die drohende Spaltung unserer Partei zu verhindern.“

Der Appell der proletarischen Opposition in der russischen kommunistischen Partei an die westeuropäische Arbeiterschaft darf nicht ungehört verhallen. Ebenso wie es Pflicht des westeuropäischen Proletariats ist, der großen unterdrückten Masse der Arbeiterschaft in den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Rußlands gegen die Diktatur der Bolschewisten zu Hilfe zu kommen, ist es auch ihre Pflicht, durch fortgesetzte Kritik an den unsozialistischen, unproletarischen Methoden der bolschewistischen Führerliquen den lebendigen proletarischen Kräften innerhalb der russischen kommunistischen Partei den Weg zur weiteren Entwicklung und Gesundung der gesamten Arbeiterbewegung frei zu machen.

1. Das Russische Komitee, 2. Die bayerische monarchistische Gruppe. All diese Organisationen unterhalten enge Verbindungen mit den deutschen Monarchisten. Während des Balkanabenteuers sowohl als auch während des Rapp-Putschs haben sich die Monarchisten gegenseitig wertvolle Hilfe geleistet.

Besonders eng sind die Beziehungen zwischen den russischen und den deutschen Monarchisten in Bayern. Von hier aus werden auch die Fäden über Tirol hinüber nach Ungarn gesponnen. Der Mordplan, der soeben in der Philharmonie ausgeführt worden ist, wurde in München unter Mitwirkung deutscher Monarchisten ausgebrütet, und sicher sind auch die Gelder aus den Kassen der deutschen Konterrevolution geflossen.

Der bekannte altsächsische Kriegsheld, Graf Reventlow, spielt, wie wir bereits behauptet haben, in dieser Verschwörungsgesellschaft eine hervorragende Rolle. Er unterzieht sich jetzt der heillosen Aufgabe, die russischen Monarchisten in Schutz zu nehmen. Seine Mitwirkung an dem Kongreß der russischen Monarchisten wagt er nicht abzukreiten. Dafür behauptet er, die russischen Monarchisten hätten an diesem Attentat kein Interesse. Dieses solle vielmehr den Bolschewisten zur Last, da es ihnen daran gelegen sei, die nationalen Russen in Mißkredit zu bringen.

Graf Reventlow, der zum mindesten den an dem Attentat beteiligten Reventlow Schabeski kennen muß, da dieser ein fahrendes Mitglied der bayerischen monarchistischen Gruppe war, weiß, warum er die Mörder in Schutz zu nehmen hat. Der Staatsanwalt sollte für diese Edelmutigkeit etwas weniger Verständnis haben und die Tätigkeit des Heimkriegers Reventlow ein wenig unter die Lupe nehmen. Daß Reventlow an dem Attentat beteiligt war, wollen wir damit keineswegs behaupten. Denn wo scharf geschossen wird, dort schießt sich Reventlow, der Löwe, nicht wohl. Aber ein Verfahren wegen Hochverrats könnte, einwandfrei geführt, mancherlei aufsehenerregende Nebenergebnisse bringen.

München, 30. März.
Bei der in der Pension, in der Schabeski und Laborki zuletzt wohnten, vorgenommenen Ausforschung wurde, wie die Blätter melden, eine Anzahl Schriftstücke russischer Sprache beschlagnahmt. Desgleichen wurden mehrere in der gleichen Pension wohnende Russen inhaftiert.

Untersuchungsausschuß in Braunschweig

Braunschweig, 29. März.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der von dem Abg. Dertel gegen die Mitglieder des Staatsministeriums erhobenen Beschuldigungen einstimmig angenommen.

Eine Funkenstation der Konterrevolution

Die bürgerliche Presse hat aus der Entdeckung einer geheimen kommunistischen Funkenstation in Berlin ein ungeheures Aufsehen gemacht und über Hochverrat gezeckert. In Bergen bei Traunkirchen im bayerischen Chiemgau befindet sich schon seit Jahresfrist in den Händen eines Seceoffiziers Dr. Koster eine Funkenstation, die den Behörden bekannt ist. Trotz Aufforderung des Leitungsbezirks Traunkirchen ist die Staatsanwaltschaft noch nicht eingeschritten. Wenn zwei daselbst tun, ist es eben nicht daselbst. In Bayern brauchen die Reaktionäre einen Nachrichtenapparat, der sie mit den ungarischen und österreichischen Monarchisten in ständiger Verbindung hält!

Die Untersuchung gegen Hermes

Der zur Untersuchung der Geschäftsführung des bisherigen Reichsernährungsministers Dr. Hermes eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuss war am Donnerstag vormittag zusammengetreten, um die Berichterstattung der Referenten entgegenzunehmen. Die Sitzung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, da der Ausschuss entschied, daß die Stellungnahme zum Bericht der Referenten nur eine Beratung darstellt und deshalb nicht von der Veröffentlichung bestimmt werden sollte, wonach die Beweis-erhebung in öffentlicher Verhandlung zu erfolgen hat. Es herrschte jedoch Uebereinstimmung darüber, daß, falls der Ausschuss noch im späteren Verlauf der Sitzung zur Beweis-erhebung übergehen sollte, die Öffentlichkeit herbeigeholt werden müsse, und für die Dauer der Beweis-erhebung aufrecht zu erhalten ist.

Wegen der Stimmen der Vertreter der drei sozialistischen Parteien entschied die Mehrheit des Ausschusses, daß sie in der Anschaffung des ersten und zweiten Automobils für das Reichsernährungsministerium keine Ver-forderungen des Ministers erblicken könne. Die sozialistischen Mitglieder vertraten dagegen den Standpunkt, daß bereits bei der Anschaffung des ersten Autos eine Ver-forderung vorliege, da Hermes sowohl aus rechtlichen wie auch aus tatsächlichen Gründen vor dem Anschaffen des Autos aus Mitteln der Reichskasse gewarnt worden sei. Beim zweiten Auto und beim Reisebüro für das Büro des Ministers komme verschärfend hinzu, daß der gleiche Sachverhalt zum zweiten Mal vorgetragen habe und die bereits erfolgte Anschaffung und Bezahlung des ersten Autos dem Reichsernährungsministerium absichtlich verschwiegen worden sei. Dr. Hermes habe auch durch die Unterdrückung der Rechtfertigungsberichte des Ministerialdirektors Dr. Deulamp hinsichtlich zugesehen, daß sein Verhalten eine Unkorrektheit darstelle. Der Ausschuss beschloß sich sodann in sehr langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Fall Augustin, über den der Ausschuss bisher noch keine Beweis-erhebung vorgenommen hat. Von ver-schiedenen Vertretern der bürgerlichen Fraktionen wurde die Notwendigkeit weiterer Beweis-erhebungen entschieden be-stritten. Die Vertreter der sozialistischen Parteien vermie-ßen jedoch darauf, daß weitere Aufklärung dringend nötig sei, insbesondere weil hier bei einem Beamten des Mi-nisteriums ein Fall vorliege, und zwar anscheinend mit Wissen des Ministers, der der Wein- und Ankeraffäre des Ministers außerordentlich ähnlich.

Aus der Aussage des Ministers Hermes in dem Magde-burger Presseprozess wurden Äußerungen verlesen, die darauf schließen lassen, daß Dr. Hermes die Absicht ge-habt hat, den Fall Augustin zu vertuschen. Unter dem Ein-druck dieser Darlegungen verzichteten schließlich die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf ihren Ein-wurf, und es wurde beschloffen, neben der Einforderung einiger Akten aus dem Reichsernährungsministerium, Staatssekretär Dr. Ramm, Deputationsrat Raus, Regierungsrat Wittung und Staats-sekretär Dr. Düber am 5. April, vormittags 9 Uhr, als Zeugen über den Briefwechsel und über die Gesprächs des Dr. Hermes über den Fall Augustin zu vernehmen.

Am 5. April soll dann auch die Erläuterung der Wein- und Ankeraffäre im Ausschuss beginnen. Dr. Herz hat sich bereit erklärt, vorher mitzuteilen, ob das eingegangene Aktenmaterial vollständig ist oder noch weiterer Ergänzung bedarf.

Nach unseren Informationen bestätigt das dem Ausschuss vorliegende Aktenmaterial vollumfänglich die Wichtigkeit und Echtheit aller bisher von uns veröffentlichten Dokumente und enthält darüber hinaus noch eine Fülle neuer, interessanter Materials, insbesondere über eine neue dritte Weinliefer-ung, die Flasche zu 5 Mk.

Die Gebühren- und Personalpolitik der Reichspost

Bei der Beratung des Reichspostgesetzes im Hauptausschuss des Reichstages fragte Abg. Delius (Dem.), ob die Reichs-postverwaltung in nächster Zeit die Postgebühren er-höhen will. — Abg. Traubel (Soz.) kritisierte die gewalttätige Erhöhung des Personalbesandes bei der Post. Während im Jahre 1913 die Post rund 250 000 Kopie umfaßte, und bei ihr 1921 rund 410 000 beschäftigt. Dabei ist der Aufwands-freis der Post durch den unglücklichen Ausgang des Krieges weniger umfangreich geworden. Durch den Krieg und die war-betätigte kann eine so starke Vermehrung des Per-sonals nicht erklärt werden.

Reichspostminister Giesberts: In dem vorliegenden Etat bedeuten sich Einnahmen und Ausgaben. Der im De-zember verabschiedete Gebührentarif, auf den die Ein-nahmen aufgebaut sind, ist infolge der neuen Lohn- und Ge-haltsregelung und der inzwischen eingetretenen Preissteige-rung unzureichend. Wir müssen vielmehr an eine be-trächtliche Erhöhung der Gebühren herangehen. Rücksicht, daß die hohen Gebühren nicht in dem vielfach vermehrten Maße verkehrshemmend wirken. Die Ergebnisse des Monats März werden uns sichere Unterlagen dafür geben, welche Arten von Sendungen noch mehr belastet werden können. Lebhafte Klagen sind über einen zu hohen Per-sonalstand laut geworden. Der Postbesand ist be-sonders einschneidend bei einer Verwaltung, in der früher 60 bis 65 Dienststunden in der Woche gearbeitet wurden. Infolge der erhöhten Krankheitsziffer sind viele Vertreter erforderlich, und das Personal kann nicht mehr in dem Maße wie früher zu Überstunden heran-geworfen werden. Die von der Post- und Telegraphenverwal-tung beschäftigten 37 000 Kriegsbeschäftigten können selber nur als A-vollständigung gerechnet werden. 1921 sind etwa 20 000 Hilfskräfte entlassen worden. Bei allmählichem weiteren Aufbau werden wir bald zu normalen Per-sonalverhältnissen gelangen. Dazu bedarf es einer breiten Prüfung der Betriebsverhältnisse der Verwaltung bezüg-lich einer Vereinfachung und Verbesserung. Aus dem Gebiete des Besamter-nachverkehrs war eine Mehrleistung von 55 Prozent nötig, die mittlere Telegrammleistung ist etwa um 41 Prozent gegen früher gestiegen. Durch-greifende Besserung hat der Auslandsverkehr erfahren, der 1919 noch ganz darniederlag. Einen enormen Aufschwung hat das Postfachwesen genommen. Die Zahl der Postkunden ist von 1918/21 um 150 Prozent gestiegen. Der während des Krieges gänzlich stillgelegte Automobil-verkehr mußte vollständig neu aufgebaut werden. Jetzt haben wir wieder 500 Automobilitäten in Betrieb. Der Auslandsverkehr ist im großen Umfang wieder aufgenommen, mit allen europäischen und auch mit Ueber-seehäfen haben wir wieder in Verbindung. Der Post-verkehr hat also 1921 den Umfang der Friedensverhältnisse fast erreicht.

Zumult im Rathaus

U. S. P.-Stadtverordnunge gegen U. S. P.-Stadtträte

In der gestrigen Stadtverordneten-sitzung haben sich Vorgänge abgepielt, deren Tragweite im gegen-wärtigen Augenblick nicht übersehen werden kann. Das Interesse der Partei zwingt uns, ausführlich auf sie zurückzukommen.

Auf der Tagesordnung stand vor allem die Beratung der Deckungsvorlagen für die Mehrausgaben, die aus den Schieds-sprüchen über die Erhöhung der Löhne und Gehälter resultieren. Von unserer Fraktion war dazu der Redner, Genosse Wehl, be-stimmt worden. Er richtete in seiner Rede eine Reihe von Angriffen gegen den Magistrat, dessen Politik er an einer Stelle seiner Aus-führungen als fluchwürdig bezeichnete. Der Inhalt der Rede Wehls veranlaßte zwei unabhängige Mitglieder des Magistrats, die an dem feilschenden Magistratsbeschlusse mitbeteiligt waren, sich gegen diese Kritik des Genossen Wehl zu wenden. Die Genossen Schöning und Brühl gaben im Verlauf der Debatte die folgende Erklärung ab: „Die maßlosen und ungerechtfertigten Angriffe des Herrn Dr. Wehl gegen den Magistrat müssen wir entschieden zurückweisen.“

Herrn Stadtverordneten Dr. Wehl ist es bekannt, daß die von ihm so heftig angegriffenen Magistratsbeschlüsse, insbeson-dere auch von seinen Parteifreunden im Magistrat mit-gefaßt wurden. Wenn nun Herr Stadtverordneter Dr. Wehl in aller Öffentlichkeit dennoch die schwersten Angriffe gegen den Magistrat richtet, dann wird hiermit lebhaft bestätigt, daß das in der „Freiheit“ vom 23. März kritisierte kommunalpolitische Handeln einiger U.S.P.-Vertreter auch heute wieder von Herrn Stadtverordneten Dr. Wehl geübt wurde.

Dieses Vorgehen wird nicht bestimmt von Verantwortlichkeits-bewußtsein, sondern ist lediglich diktiert von einem Agitations-behürfnis. Diese Politik lehnen wir ab. Brühl, Schöning.“

Als Genosse Brühl vor halbierem Hause diese Erklärung ab-gab, begann, bemächtigte sich der Linken des Hauses eine maßlose Erregung. Zahlreiche Mitglieder unserer Fraktion, besonders aber die Kommunisten, stürzten nach dem Rednerpult, ein Stadtverordneter unserer Fraktion versuchte dem Genossen Brühl die schriftlich formulierte Erklärung zu entreißen. Der Tumult steigerte sich derart, daß der Vortrags-Stellvertreter Schwarz die Sitzung vertagen mußte.

Während der einseitigen Pause trat unsere Fraktion zu einer Sitzung zusammen, deren Ergebnis eine Gegen-erklärung war, die durch den Genossen Jubelt abgegeben wurde. Sie lautete folgendermaßen:

Im Namen und im Auftrag der U.S.P.-Rathausfraktion habe ich zu erklären, daß unser Redner, Stadtverordneter Dr. Wehl, ganz im Sinne der Fraktion seine Ausführungen ge-macht hat. Wenn zwei unabhängige Stadtträte gegenseitiger Meinung sind, wie aus ihrer Erklärung hervorgeht, so ist das ihre persönliche Sache.“

Alfred Lemck gestorben

Im Schönberger Krankenhaus verschied in der Nacht zu Mittwoch der Kommunist Alfred Lemck. Seine Name ist viel genannt worden bei der Veröffentlichung der Berichte über den mitteldeutschen Putz und die erbärmliche Rolle, die Oberlein dabei gespielt hat. Lemck wurde kurz dar-auf in Haft genommen. Im Untersuchungsgefängnis zu Leipzig erlitt er dann einen Schlaganfall, von dessen Folgen er sich auch nicht erholen konnte, als er im Februar aus der Haft entlassen wurde.

Die „Rote Fahne“ widmet dem Verstorbenen einen länge-ren Nachruf und preist seine Verdienste, die er sich beim mitteldeutschen Putz erworben habe. Lemck sei durch seine Haltung im Märzputz ein leuchtendes Vorbild für das Pro-letariat geworden und sein Name werde daher nie in Ver-gessenheit geraten. Dieser Nachruf ist eine bösa rige Denkschrift. Als die Berichte Lemcks über den mitteldeutschen Putz erschienen waren, rüttelte die „Rote Fahne“ und die ganze kommunistische Presse mit aller Emsigkeit von den Taten Lemcks ab, die in Wirklichkeit die Taten der kommunistischen Zentrale waren, und im Landtag erklärte der schwer belastete Hugo Oberlein, mit dreifacher Stirn, den Berichten sei kein Glauben beizumessen. Lemck habe die Un-wahrheit gesagt, und das sei nicht weiter zu verwundern, da Lemck in der R. P. D. schon immer als militärischer Phantast und politischer Narr angesehen worden sei.

Das jetzt über ihn geschäufte Lob steht in einem trassen Widerspruch zu den damaligen Behauptungen Oberleins, die er im Auftrag seiner Partei im Landtag abgegeben hatte. Lemck, der in Wirklichkeit im Auftrag der kommunistischen Zentrale gehandelt hatte, wurde durch diese verlogene Dar-stellung direkt in die Hände des Staatsanwalts getrieben, während sich die eigentlichen Drahtzieher heranzuschwin-deln versuchten. Durch eine Erklärung, die Lemck vom Untersuchungsgefängnis aus abgab, hat er sehr deutlich zu verfehlen gegeben, daß er mit derartigen Dognern nichts mehr gemein haben wolle. So wenig wir mit der politischen und sonstigen Veräußerung Lemcks einverstanden sein konnten, so sehr müssen wir heute betonen, daß er gegenüber den Ober-leins, die ihn erst mit Schmutz bewarfen, um ihn nach seinem Tode zu feiern, immerhin noch ein ganzer Mann war.

Preussischer Landtag

Liebesgaben für die Agrarier.

Ein Gelegenheitsstück über das Mittelkulturreferat-Besol-dungsgebiet und farbliche Warrbesoldung wird dem De-putationsausschuss überwiesen. — Bei der Weiterberatung des Landwirtschaftsreferats merkte sich Abg. Wettermann (Dem.) gegen das Fortbestehen der Umlage und personal mit der Forderung des Zahlungswesens eine soziale Ver-besserung der in der Landwirtschaft tätigen Personen. Abg. Nägelein (U.S.P.): Die Deutschnationalen wollen

Nach der Erledigung einiger kleiner Vorlagen, unter denen sich das Ortsgesetz zur Regelung der Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger befand, wurde die am vorigen Dienstag vertagte Be-ratung der Tarifvorlagen aufgenommen. Nach kürzeren Ausfüh-rungen der Stadt. Dr. Michaelis (Demokrat), Dr. Steiniger (Deutschn.) und Müller-Franken nahm das Wort zu einer dreierlei-selbständigen Rede Genosse Dr. Wehl. Er erklärte, daß die U.S.P.-fraktion Vorlagen, die die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung erschweren, ablehne. Genosse Wehl ging auf die gan-zen Ursachen der wirtschaftlichen Notlage breiter Schichten der Be-völkerung ein. Genosse Wehl ging dann auf die letzten Ereignisse in der Berliner Gemeinde ein und bezeichnete die Erhöhung der Mietzuschläge als eine Schröpfung der proletarischen Massen und die Zustimmung zu dieser Erhöhung als eine stuchwürdige Politik des Berliner Magistrats. Auf die Vorlagen übergehend, legte Ge-nosse Wehl dar, daß zwar seit Jahr und Tag die Reorganisation der Betriebe gefordert würde, bis heute aber nicht durchgeführt wäre. Im Gegenteil habe man den technischen Leiter der Betriebe, Stadtbaurat Korten, kaltgestellt, der Oberbürgermeister Koch habe als Jurist selbst die Leitung übernommen und einen volkspartei-lichen Oberlehrer Benede zu seinem Vertreter bestimmt. Solange die Verhältnisse derartig liegen, kann unsere Partei kein Vertrauen zur Leitung der Werke haben. Der Redner kritisierte dann scharf den Beschluß des Magistrats, wonach die Weiterzahlung der Lohn-zuschläge eingestellt werde, wenn nicht die Deckungsvorlagen ange-nommen würden, und bezeichnete diesen Beschluß als einen Er-pressungsversuch. Die Möglichkeit für die Gemeinden, sich neue Einnahmen zu erschließen, erörternd, betonte Genosse Wehl auf die vom Reich zu fordernde Hilfeleistung. Kann auch das Reich nicht helfen, so bedeute das eben den Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft.

Nach dem Genossen Wehl erging zu längeren Ausführungen der Rämmerer Dr. Karding das Wort. Er legte noch einmal ausführlich die wirtschaftliche Lage der Betriebe dar und erklärte, die geforderte Erhöhung der Tarife halt: sich durchaus im Rahmen der inzwischen eingetretene Geldentwertung. Wenn nicht eine höhere Anziehung der Tarife gefordert zu werden brauche, so sei das dem erfreulichen Umstand zu danken, daß in den letzten Wochen besonders die Gas-werke der Stadt erheblich wirtschaftlicher gestaltet werden konnten. Der Rämmerer sagte, es gäbe zwar eine konsequente Politik, die darauf hingehe, daß die Stadt ihre Zahlungen einstellen müsse, aber das sei keine kommunalpolitisch. Seine Ausführungen im Staats-ausschuss über die Entkommunalisierung der Betriebe hätten beson-ders den Beifall der U.S.P. gefunden. Er müsse deshalb auch bitten, daraus die Schlussfolgerungen zu ziehen und den städtischen Werken, wenn sie städtisch bleiben sollen, das zu geben, was ihnen infolge der Geldentwertung an Erhöhung der Einnahmen gebühre.

Nach dem Rämmerer sprach der Oberbürgermeister Dr. Koch. Er war durch die Angriffe des Genossen Wehl sehr erregt und warf Wehl vor, den Magistrat provoziert zu haben.

In vorgerückter Abendstunde ging die Debatte noch weiter fort, der Kommunist Schumacher hielt eine Dauerrede und noch ihm sprach noch Herr von Chrenn. Die Berichte über die Beschluß-fassung in der heutigen Abendnummer.

durch Aufhebung der Getreideumlage und durch die Ge-währung von besonderen Zuschüssen zur Verbilligung des Brotes eine besondere Liebesgabe für die Agrar-ier herauszuschlagen. Auf Kosten der Konsumenten einver-seits und der Landarbeiter andererseits verläßt die Agrar-ier, sich die Taschen zu füllen. Die Besitzer von Grund und Boden nehmen das Recht für sich in Anspruch, nicht nur über das Wohl und Wehe der Landarbeiter, sondern auch der gesamten konsumierenden Bevölkerung zu bestimmen. Auf der einen Seite sehen wir schreiendes Elend in den Konsumentenfamilien, auf dem anderen Seite steigendes Wohlleben und zunehmende Verschwendung der Produ-zenten gegenübersteht. Die Landarbeiter wie auch die Kon-sumenten können nur durch einen Kampf sich den agrarischen Machtgelüsten gegenüber durchsetzen. (Beifall bei der U.S.P.)

Abg. Hartwich (SPD.) polemisiert gegen die Deutschnationalen und bezeichnet die Landwirtschaftsreferat als Klappermöhren der Deutschnationalen Volkspartei. — Die Zentrumsabgeordneten Gram und Schmidt wenden sich gegen die Deutschnationalen, und selbst der Deutsch-Volksparteiler Deul bezeichnete den demagogischen Antrag der Deutschnationalen als unausführbar.

Die Deutschnationalen brachten eine Erklärung gegen den Landwirtschaftsminister zur Kenntnis, worin gegen die Behandlung des Landwunders in der Ministerrede Protest erhoben wird. Der Minister erklärt darauf, an seiner Äußerung festhalten zu müssen, nämlich aber, daß seine Aus-führung falsch aufgefaßt wurde. Zum Überfluß schlug der christliche Landarbeiterführer Meier-Vielzeck die Werbe-aktion für seine Organisation. Die Erklärung des Ministers rief dann noch den Deutschnationalen Schlang, Rittergutsbesitzer in Pommern, auf die Rednertribüne, der betonte, daß das Volk in der Ernährung nicht nur von der Höhe der Produktion, sondern in erster Linie von guten Willen der Landwirte abhängig sei. Im preussischen Unteroffiziersrat tritt dieser Volksvertreter für voll-ständige Wucherfreiheit ein, ohne Rücksicht auf die üblen Folgen für die Volksernährung.

Abg. Nägelein (U.S.P.) ergreift nochmals das Wort und fährt aus: Wie in der Kriegszeit die Deutschnationalen das Volk für ihre politischen Ziele mißbrauchten, so wollen sie auch heute wieder auf Kosten des Volkes ihre Geschäfte machen. Die arbeitslosen Feinde des Volkes sind die Deutschnationalen mit ihrer Schieber- und Wucherpolitik. Bei der Abstimmung über die Anträge zum Handelsstatut zeigten sich die Demokraten in drastischer Beleuchtung. Die Deutschnationalen hatten einen Antrag eingebracht, worin die Aufhebung des Restes der Inanspruchnahme verlangt wurde. Dafür stimmten außer den Deutschnationalen auch die Demokraten. — Nächste Sitzung: Freitag, 12 Uhr.

Aus der Parteipresse.

Die soeben erschienene Nummer 11 des „Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Die gleitende Lohnskala von W. Keder; Sozialistische Regierung — sozialistische Verwaltung von G. Freund; Russlands Geldprobleme; die Partei und ihre Grundzüge von Hoffmann; Die Amnestie der Dreizehn von Felix Stöckinger; Neue Hauswirtschaftsformen von J. m. a. H. Schürer; das Agrarprogramm der englischen Labour Party.

Ersklassige Herren - Anzüge fertig am Lager: 1575 Mk. 1875 Mk. 1995 Mk. 2150 Mk. 2295 Mk. SCHULMEISTER Berlin SO 26 :: Kottbuser Tor

Lebensmittel

Margarine Pfund 32 ⁰⁰	HarzerKäse Pfd. 18 ⁰⁰	Salzheringe . Stück 12 ⁰⁰
Speisefett . Pfund 36 ⁰⁰	TilsiterKäse Pfd. 28 ⁰⁰	Heringe (grüne) Pfund 5 ⁸⁰
Rindertalg ausgel. Pfund 36 ⁰⁰	Sahnenkäse Pfd. 24 ⁰⁰	Sprossen geräuchert 3 ⁰⁰
Marmelade Pfund 9 ⁰⁰	Camembert Stück 7 ⁵⁰	Bücklinge geräuchert 9 ⁵⁰

Monopol-Branntweine: Kümmel oder Klarer Flasche 31⁰⁰
 Aquavit Flasche 34⁰⁰

Weinbrand-Verschüttl . Flasche 54⁰⁰

Belle-Alliance-Str.

St. Frankfurter Str.

Brunnenstr.

Kottbuser Damm

Wilmsdorfer Str.

Frisches Fleisch

Suppenfleisch	Pfund 23 ⁰⁰
Kalb-Vorderfleisch ...	Pfund 19 ⁰⁰
Kalbs-Keule	Pfund 21 ⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 26 ⁰⁰
Schweinefleisch	Pfund 32 ⁰⁰
Schweine-Nieren gefroren	Pfund 9 ⁵⁰
Rindfleisch gesalzen	Pfund 11 ⁵⁰

Wurstwaren

Leberwurst	Pfund 25 ⁰⁰
Rotwurst	Pfund 25 ⁰⁰
Landleberwurst	Pfund 36 ⁰⁰
Jagdwurst	Pfund 37 ⁰⁰
Mettwurst nach Braunsch. Art	Pfund 42 ⁰⁰
Rinderherzen gefroren Pfd.	13 ⁰⁰
Rindfleisch gefr., o. Knocht. Pfd.	15 ⁰⁰

Jandorf

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr
Die Hatten

Komische Oper
7 1/2 Uhr
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Apotheker
Friedrichstr. 218
8 Uhr
Naturalistisch Ballett
Der Venusberg
Castropl. v. Paul Beckers

Theat. u. Kottb. Tor
Tel. Maria 10077
Kgl. 7 1/2 Uhr
Sto. nam. 3 U.
Elite-Sänger
10 Herren!
Woh! Kommt
am. hal. Freie
Woh. 11-13, 4-6

Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr
Don Cesar

Theater
am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr
Die Ehe im Kreis

Zur Jugendweibe
Glückwunscharten
in vornehmer Ausstattung

Casino-Theater
7 1/2 Uhr
Nur noch bis 30. April
Familie Gänselein

Theater des Ortes
(Rosa-Theater)
7 1/2 Uhr
Beirat auf Probe

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7 1/2, Sonn- u. 3 U.
Der Circusbusch
lohnt sich!
Morgenschauspiel
Stürtebeker,
der Seeräuber,
Trtk. Verh. u. Circus

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr
Cyrano von Bergerac
Kammerspiele
8 Uhr
Anatol

Großschauspielhaus
7 1/2 Uhr
Dantons Tod

Theater i. d. Königgrätzer Str.
7.30 Die wunderlichen
Geschichten des
Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus:
Heute geschlossen
Sonnabend zum 1. Male
„Gretchen“
Operette von Davis und
Lipp
mit Erika Gläsker,
Ralph Arthur Roberts

Berliner Theater:
7.30 Uhr
Einer von unsers Leut'
Carl David, Oscar Sahn,
Leonhard Harkel,
Helena Kiefer

Metropol-Varieté
Behrenstraße 34
Sonn- u. Feiertag 11
7 1/2 Uhr
Gaudespiel
Arnold Korff
Herbert Ripper
Paul Rehkopf
Seida Lehnardt
in der Sensations-Operette
„Das Seidensordhotel“
dazu
9 Varieté Attraktionen

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr
Trion-Theater
DER VULKAN
Kleines Theater
Das kleine
Schokoladenmädchen
Residenz-Theater
Das Frau ohne Bedauern

Die anerkannt vor-
zügliche Küche und
gut gepflegte Biere
findet man im
GEWERKSCHAFTSHAUS
50 16, Engelauer 25 / Fernspr.: Moritzpl. 86 41
Billigste Preise
Musik u. Gesang

Brautleute wollen!
Elegante fugenlos
Trauringe
nicht aus altem
sogenanntem Spezialge-
wehrt, welches unter andern
alle möglichen Gegenstände, wie
Uhren und Goldwaren, oder
gar altes Gold usw. aufkauft, sondern
aus einem
Spezialgeschäft,
welches ausschließlich nur
Trauringe fabriziert
und an Private liefert.
In Deutschland stehen wir als
solches konkurrenzlos da
und liefern eigene Brautpaare in echt Gold von
120.- Mark
an aufwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer
Auswahl, direkt vom Lager.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Anführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach
auswärts gegen Vorauszahlung des Betrages!
Trauringefabrik G. Albert Thal,
C 19, Seydelstraße 5 (Spittelmarkt).

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reiniert
Alles!
**Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.**
Hersteller Henkel & C^o Düsseldorf.

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat
Max Dorku
Wir Männer
vom
Steinbruch
Elegant kartoniert 15 Mk.
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 — Breite Straße 8-9

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin R 54
Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Ami Norden 833, 834, 835, 836.

Am Sonnabend, den 1. April 1922,
nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschafts-
haus, Saal 5, Engelauer 24:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Schiedsspruch.
2. Branchenanangelegenheiten.
Vertrauensleute treffen sich 1/2 Stunde
vorher. Die Ortsverwaltung.

Allgemeine
Ortskrankenkasse
i. Berl.-Lichterfelde
Roonstrasse 13
Am 1. April 1922
ab ist die Kasse werktäg-
lich von
9 bis 1 Uhr
geöffnet.
Der Vorstand:
Eustach Eißack
Vorsteher.

**Teil-
zahlung!
Garderobe**
für Damen, Herren
und Burschen
sehr preiswer
Infolge groß. alter
Lagerbestände
bel bequemen
Rat abzuhenden
H. Tyra & Co.,
Berlin, Rosenthalstr. 70

Metall-Konkistor
Neue Königstraße 87
zahlt Tagespreise für:
Messing, Kupfer,
Blei, Zink etc.

Ge'd
für jede Farbe, alle
Anlaufschritte für
Schneide, Brillanten, Gold-
gegenstände, Topple,
Bücher usw. Wolff,
Friedrichstr. 41, 11.
Ecke Kochstr.

Seifenfeldstecher
und Koch, Markt Köpenick
M. Steudemann,
Berlin W 9, Potsdamer
Str. 135 Köpenick 9389

Botenfrauen sofort gesucht bei erhöhtem Lohn

- Hauptexpedition
Breite Straße 8/9
Expedition Wengels
O, Cadiner Straße 11
Tour: Liebigstraße
Expedition We.ner
Greifswalder Straße 29
Expedition Wuhky
Choriner Straße 68
Expedition Sinner
Skalitzer Straße 101
Expedition Bernsee
Steglich, Mommsenstr. 59
Expedition Franzen
Wittstocker Straße 19
Expedition Schutze, Lichtenberg,
Eitelstraße 30
Expedition Stimmung
Lichtenberg, Weichselstraße 28
Expedition Sternhiker, Charlottenburg,
Königin-Elisabeth-Straße 6h.
Expedition Hädicke
Adlershof, Kleingartenweg 8.
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24

Kleine Anzeigen

Verläufe
Häuserverteilung,
Kelleranlagen, Keller-
böden und alle Sorten
Erdführer, Ankerbo-
gen, Vordächer, Weis-
lich, Baumstr. 90
(Kumbold 874).

Gummimantel,
Kerzenmantel, Hosen,
Schürzen, Damenröcke,
Reißverschlussmäntel,
Kleider, Gardinen, etc.
Wer liefert die besten
Gummimantel, Reiß-
verschluss, Leder-
waren, etc.?
Königsplatz 101, 102, 103,
104, 105, 106, 107, 108,
109, 110, 111, 112, 113,
114, 115, 116, 117, 118,
119, 120, 121, 122, 123,
124, 125, 126, 127, 128,
129, 130, 131, 132, 133,
134, 135, 136, 137, 138,
139, 140, 141, 142, 143,
144, 145, 146, 147, 148,
149, 150, 151, 152, 153,
154, 155, 156, 157, 158,
159, 160, 161, 162, 163,
164, 165, 166, 167, 168,
169, 170, 171, 172, 173,
174, 175, 176, 177, 178,
179, 180, 181, 182, 183,
184, 185, 186, 187, 188,
189, 190, 191, 192, 193,
194, 195, 196, 197, 198,
199, 200, 201, 202, 203,
204, 205, 206, 207, 208,
209, 210, 211, 212, 213,
214, 215, 216, 217, 218,
219, 220, 221, 222, 223,
224, 225, 226, 227, 228,
229, 230, 231, 232, 233,
234, 235, 236, 237, 238,
239, 240, 241, 242, 243,
244, 245, 246, 247, 248,
249, 250, 251, 252, 253,
254, 255, 256, 257, 258,
259, 260, 261, 262, 263,
264, 265, 266, 267, 268,
269, 270, 271, 272, 273,
274, 275, 276, 277, 278,
279, 280, 281, 282, 283,
284, 285, 286, 287, 288,
289, 290, 291, 292, 293,
294, 295, 296, 297, 298,
299, 300, 301, 302, 303,
304, 305, 306, 307, 308,
309, 310, 311, 312, 313,
314, 315, 316, 317, 318,
319, 320, 321, 322, 323,
324, 325, 326, 327, 328,
329, 330, 331, 332, 333,
334, 335, 336, 337, 338,
339, 340, 341, 342, 343,
344, 345, 346, 347, 348,
349, 350, 351, 352, 353,
354, 355, 356, 357, 358,
359, 360, 361, 362, 363,
364, 365, 366, 367, 368,
369, 370, 371, 372, 373,
374, 375, 376, 377, 378,
379, 380, 381, 382, 383,
384, 385, 386, 387, 388,
389, 390, 391, 392, 393,
394, 395, 396, 397, 398,
399, 400, 401, 402, 403,
404, 405, 406, 407, 408,
409, 410, 411, 412, 413,
414, 415, 416, 417, 418,
419, 420, 421, 422, 423,
424, 425, 426, 427, 428,
429, 430, 431, 432, 433,
434, 435, 436, 437, 438,
439, 440, 441, 442, 443,
444, 445, 446, 447, 448,
449, 450, 451, 452, 453,
454, 455, 456, 457, 458,
459, 460, 461, 462, 463,
464, 465, 466, 467, 468,
469, 470, 471, 472, 473,
474, 475, 476, 477, 478,
479, 480, 481, 482, 483,
484, 485, 486, 487, 488,
489, 490, 491, 492, 493,
494, 495, 496, 497, 498,
499, 500, 501, 502, 503,
504, 505, 506, 507, 508,
509, 510, 511, 512, 513,
514, 515, 516, 517, 518,
519, 520, 521, 522, 523,
524, 525, 526, 527, 528,
529, 530, 531, 532, 533,
534, 535, 536, 537, 538,
539, 540, 541, 542, 543,
544, 545, 546, 547, 548,
549, 550, 551, 552, 553,
554, 555, 556, 557, 558,
559, 560, 561, 562, 563,
564, 565, 566, 567, 568,
569, 570, 571, 572, 573,
574, 575, 576, 577, 578,
579, 580, 581, 582, 583,
584, 585, 586, 587, 588,
589, 590, 591, 592, 593,
594, 595, 596, 597, 598,
599, 600, 601, 602, 603,
604, 605, 606, 607, 608,
609, 610, 611, 612, 613,
614, 615, 616, 617, 618,
619, 620, 621, 622, 623,
624, 625, 626, 627, 628,
629, 630, 631, 632, 633,
634, 635, 636, 637, 638,
639, 640, 641, 642, 643,
644, 645, 646, 647, 648,
649, 650, 651, 652, 653,
654, 655, 656, 657, 658,
659, 660, 661, 662, 663,
664, 665, 666, 667, 668,
669, 670, 671, 672, 673,
674, 675, 676, 677, 678,
679, 680, 681, 682, 683,
684, 685, 686, 687, 688,
689, 690, 691, 692, 693,
694, 695, 696, 697, 698,
699, 700, 701, 702, 703,
704, 705, 706, 707, 708,
709, 710, 711, 712, 713,
714, 715, 716, 717, 718,
719, 720, 721, 722, 723,
724, 725, 726, 727, 728,
729, 730, 731, 732, 733,
734, 735, 736, 737, 738,
739, 740, 741, 742, 743,
744, 745, 746, 747, 748,
749, 750, 751, 752, 753,
754, 755, 756, 757, 758,
759, 760, 761, 762, 763,
764, 765, 766, 767, 768,
769, 770, 771, 772, 773,
774, 775, 776, 777, 778,
779, 780, 781, 782, 783,
784, 785, 786, 787, 788,
789, 790, 791, 792, 793,
794, 795, 796, 797, 798,
799, 800, 801, 802, 803,
804, 805, 806, 807, 808,
809, 810, 811, 812, 813,
814, 815, 816, 817, 818,
819, 820, 821, 822, 823,
824, 825, 826, 827, 828,
829, 830, 831, 832, 833,
834, 835, 836, 837, 838,
839, 840, 841, 842, 843,
844, 845, 846, 847, 848,
849, 850, 851, 852, 853,
854, 855, 856, 857, 858,
859, 860, 861, 862, 863,
864, 865, 866, 867, 868,
869, 870, 871, 872, 873,
874, 875, 876, 877, 878,
879, 880, 881, 882, 883,
884, 885, 886, 887, 888,
889, 890, 891, 892, 893,
894, 895, 896, 897, 898,
899, 900, 901, 902, 903,
904, 905, 906, 907, 908,
909, 910, 911, 912, 913,
914, 915, 916, 917, 918,
919, 920, 921, 922, 923,
924, 925, 926, 927, 928,
929, 930, 931, 932, 933,
934, 935, 936, 937, 938,
939, 940, 941, 942, 943,
944, 945, 946, 947, 948,
949, 950, 951, 952, 953,
954, 955, 956, 957, 958,
959, 960, 961, 962, 963,
964, 965, 966, 967, 968,
969, 970, 971, 972, 973,
974, 975, 976, 977, 978,
979, 980, 981, 982, 983,
984, 985, 986, 987, 988,
989, 990, 991, 992, 993,
994, 995, 996, 997, 998,
999, 1000.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Der Unterzeichnete befehlt hiermit vom
1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Berlins
zum Preise von 90 Pf. monatlich bei freier Zustellung ins Haus

Kauft bei unseren Inserenten!
Jackett-Anzüge, Covercoats, Gummimantel, Culaways, Schlupier
letzten von 1800 M. an. Ferner Dam- u. Herren, Wäsche, Topple, enorm billig. Perwaren
Kreuzstrich 400 M. 1.20 Hütchen, Blau, Silberfische, Skunk, Wille, Luchse, Sportpals
Schuhe von 1000 bis 1500. Damen-Polka 3500 M. Perücken. (Kleiner Lombardware.)

Erholungsaufenthalt für Kriegerwaisen

Die Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene hat mit dem Jugendamt Vereinbarungen über die Verschickung schulpflichtiger Kriegerwaisen für dieses Jahr getroffen. Legieres hat sich bereit erklärt, Hand in Hand mit den Fürsorgestellen die Durchführung der Verschickung zu übernehmen. Diese Vereinbarungen beziehen sich zunächst nur auf die Verwaltungsbezirke 1-6 (Alt-Berlin). Die ärztliche Untersuchung der Kinder auf die Notwendigkeit der Verschickung erfolgt durch die Schulärzte, die ihr Augenmerk in erster Linie auf die Kriegerwaisen richten. Es ist ein besonderer Vordruck vorgesehen, auf dem zunächst der Schularzt die Notwendigkeit der Verschickung zu bescheinigen hat. Sodann geht der Fragebogen über die Zentrale des Jugendamtes an die Fürsorgestelle des Bezirksamtes, die ihrerseits Ermittlungen über die häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Erziehungsberechtigten anstellt und gegebenenfalls die Kostenbewilligung aussprechen wird. Die Kurdauer soll bei Verschickung an die See und ins Gebirge stets 14 bis 20 Wochen betragen. Die Verschickung der Kinder selbst sowie die Verteilung auf die einzelnen Kurorte wird durch das Jugendpflegeamt erfolgen. Nach Rückkehr der Kinder erhält die Fürsorgestelle den ausgefüllten Fragebogen mit dem Befund des Arztes über den Kurverlauf sowie die Kostenrechnung vom Jugendamt zugestellt. Außerdem ist es den Fürsorgestellen freigestellt, Einzelverschickungen schulpflichtiger Kinder auch weiterhin selbst einzuleiten, falls eine individuelle Unterbringung erforderlich erscheint.

Die Zuständigkeit der Wohnungsämter.

Aus vielen Anträgen, die von Wohnungsuchenden an das Bezirkswohnungsamt wegen Zuteilung einer Wohnung gerichtet werden, geht hervor, daß in Publikumsreisen noch große Zweifel über die Zuständigkeit der einzelnen Bezirkswohnungsämter für die Eintragungen in die Bewerberlisten herrschen. Zur Behebung dieser Zweifel sei deshalb mitgeteilt, daß nach einer Besprechung im Beirat des Ausschusses für das Wohnungswesen Groß-Berlins der 1. Oktober 1919 als Stichtag für die Eintragung für Wohnungsuchende festgesetzt ist. Die Wohnungsuchenden müssen danach ihren Antrag an das Wohnungsamt richten, in dessen Bereich sie am 1. Oktober 1919 gewohnt haben.

Versagte Wiedergutmachung durch den Magistrat

Nach einer Mitteilung des Amtsgerichts Berlin-Nichtenberg an den Magistratssekretär D. aus Nichtenberg, war von dem Beamtenauschuss durch das Bezirksamt Nichtenberg ein Antrag auf Bestallung eines Pflegers ergangen. Das Amtsgericht legte in einem Beschlusse fest, daß nach Feststellung des Vormundschaftsgerichts mit Herrn D. eine Verhandlung möglich sei, da er auch seine Einwilligung zur Bestallung eines Pflegers nicht abge, fehle es an den Voraussetzungen zur Anordnung einer Pflegschaft. Gegen diesen Beschlusse legte der Magistrat Berlin Beschwerde ein. Das Landgericht III hat die Beschwerde am 17. August 1921 als unzulässig totenpflüchtig verworfen. Trotzdem hat der Magistrat Berlin nochmals die Beschwerde gegen den Beschlusse beim Landgericht III erhoben. Im Februar 1922 hat das Landgericht III der Beschwerde stattgegeben. Nachdem Herr D. den Magistrat Berlin wegen Verletzung der Befugnisse abgelehnt hatte, änderte das Landgericht III - 1. Zivilkammer - den Beschlusse vom 21. Februar 1922. Nunmehr hat Herr D. folgende Anfrage an das Landgericht III - 1. Zivilkammer - gerichtet:

Welche Gründe hat der Magistrat Berlin bei der Stellung des Antrages dorwärts vorgebracht, aus welchem Recht hat das Landgericht III die Beschwerde gegen den Beschlusse des Amtsgerichts in B.-B. vom Juli 1921 als begründet angesehen, nachdem die Beschwerde vom 3. August 1921 vom Landgericht III am 17. August 1921 als unzulässig verworfen war.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, was für ein Interesse mag der Magistrat Berlin, das Bezirksamt Nichtenberg und der dortige Beamtenauschuss an der Pflegschaft für Erholungsdurlands im Dezember 1920 am 8. Dezember seinen

Dienst wieder anzutreten beabsichtigte, wurde Herr D. zwangsweise nach der Trennanstalt Herzberge überführt, wo Herr D. vom 7. bis 16. Dez. 1920 verblieb. Der Magistrat hat nicht über die Freiheit eines Beamten zu verfügen, sondern nur über die Arbeitskraft der Beamten ein Verfügungsrecht. Anscheinend will sich der Magistrat den Herrn D. durch die Pflegschaft wegen des Quantitativen Schadensersatzes usw. gefügig machen, da Herr D. seine Einwilligung zur Zwangspensionierung nicht gibt, vielmehr ein Beschlußverfahren betr. die Anstellung und Verlegung der Kommunalbeamten beim Oberpräsidenten beantragte. D. hat im März 1922 einen Antrag auf Anordnung einer einseitigen Verfügung durch sofortigen Beschluß zur Sicherstellung der Geldmittel für die Ernährung - Gehalt - und die Wiedergutmachung des Schadens bis zur Verlegung in den Ruhestand und Restierung der Abfindungssumme gestellt. Besonders merkwürdig erscheint es, daß D. auf seine Eingabe an den Herrn Minister des Innern keine Antwort erhält, zumal der Magistrat Berlin die Rückzahlung an Gehalt vom 14.884,17 Mk. an D. nicht leistet und neuerdings wiederum nur eine kleine Teilzahlung von 900,00 Mk. an D. überwiesen hat, aliewohl das Gehalt für April/Juni 1922 am 20. März 1922 fällig war.

Die gefährdete Untergrundbahn nach Dahlem

Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Schnellbahnstrecke Wilmersdorf-Dahlem möge zur Klärung der Frage der drohenden Einschränkung des Betriebes beitragen. Die Dahlemer Strecke vom Breitenbachplatz ab ist durch die Aufstellungskommission der Domäne Dahlem gebaut worden, während der Teil vom Rärnberger Platz bis zum Breitenbachplatz von der Stadt Wilmersdorf herangebracht wurde. Die Baukosten waren, obwohl der größte Teil der Dahlemer Strecke als Einschüttbahn angelegt worden ist, ziemlich erheblich, besonders dadurch, daß Dahlem allein für den Anschluß an die Wilmersdorfer Strecke den Betrag von 2 1/2 Millionen an die Stadt Wilmersdorf zahlen mußte. Die Aufstellungskommission bringt aber die Baukosten dadurch wieder ein, daß sie die noch unverkauften Gebiete Dahlems damit belastete und eine entsprechende Landpreiserhöhung eintriet ließ. Trotzdem muß sie aber jedes Jahr einen erheblichen Zuschuß zu den Betriebskosten zahlen, der 1913 für drei Monate 43 222 Mk. betrug, im Jahre 1920 aber auf 1 581 600 Mk. angewachsen ist. Für diese Zuschüsse hat der Magistrat von Berlin vorläufig nicht aufzukommen, da Berlin die Uebernahme der Dahlemer Strecke abgelehnt hat; dagegen muß die Stadt für die Wilmersdorfer Strecke erhebliche Zuschüsse leisten, in diesem Jahre 1 1/2 Millionen. Berlin will nun durch Tarifserhöhungen und Verkehrseinschränkungen versuchen, eine Verminderung dieser Summe zu erreichen.

Schont die Parkanlagen

Vor dem Kriege wurde für unsere Groß-Berliner Parkanlagen und Schmudplätze viel getan. Mehr noch konnte und sollte getan werden. Durch unser Wirtschaftselend hat sich auch dieser Ausbau auf Jahre hinaus verzögert. Viele kleine Schmudplätze sind ganz eingegangen, zeigen nur noch kahle Sandböden. Um so notwendiger ist es, jetzt unverzüglich das zu erhalten, was wir noch besitzen. Auch unsere Parkanlagen haben schwer gelitten. Zum Teil ist daran die Unvernunft und Rücksichtslosigkeit von Parkbesuchern schuld, zum anderen Teil fehlt es an Geldmitteln, um die Anlagen so zu pflegen, wie das in Friedenszeiten möglich war. In falsch verstandener Freiheit halten noch recht viele Leute sich berechtigt, jede Grünfläche zu betreten und sich hier zu lagern. Auf dem leichten Grasboden einer Parkanlage macht sich das sehr bald höchst unvortheilhaft bemerkbar. Mit Vorliebe wurden in den letzten Jahren allenthalben neue Wege getreten, um aus einer Bequemlichkeit einige Schritte zu sparen. Die Beseitigung jedes solchen und ähnlichen Schadens verursacht natürlich heute sehr hohe Kosten. Beispielsweise kostete es rund tausend Mark Arbeitslohn, um nach einem schönen Sonntag das auf der großen Spielwiese im Trepptower Park liegende geflossene Papier einzusammeln. Alle Ermahnungen, die Parkanlagen nicht in dieser Weise zu verhandeln, haben bisher nichts gefruchtet. Papierföbde werden nicht benutzt, öfter gestohlen. Mit einem sehr schweren Stand haben gegenüber allen diesen Untugenden die wenigen Parkwächter. Sie

zu unterstützen, muß Aufgabe jedes vernünftigen Parkbesuchers sein. Im Plänterwald beim Trepptower Park sind wieder Rehe eingetroffen und auf dem Rappenteich im Trepptower Park mehrere Schwäne, die vor einigen Jahren wegen der Gefährdung durch Erwachsene und Jugendliche entfernt werden mußten. Öffentlich wird solche radikale Maßnahme nicht nochmals nötig.

Jugantien der Russenhilfe veranstaltet die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft am heutigen Freitag, den 31. März, abends 7 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses einen Abend, an welchem Genosse A. Braumwitsch und der Quäler Lorenz über die russischen Verhältnisse sprechen werden. Der Gesamtertrag fließt der Russenhilfe zu.

Tagesfachschulen für Elektrotechnik und Feinmechanik an der 1. Handwerkerchule (Höhere Fachschule), Berlin SW. Neue Jahresturte beginnen am 1. April 1922. Lehrfächer: Technische Ausbildung von Betriebsbeamten, Konstruktoren, Montageleitern und bezgl. Lehrfächer: Mathematik, Physik, Chemie, Elektrotechnik, Antriebsmaschinen, Mechanik, technische Optik, Instrumentenkunde, Messtechnik, Werkstoff- und Werkzeugkunde, Vorrichtungsbau, Fabrikationsmethoden, Kalkulation, Konstruktionszeichnen und praktische Laboratoriumsarbeiten. Unterrichtszeit: Werktäglich von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags. Auskunft und Anmeldung im Schulhaus Berlin SW. 68, Lindenstraße 97/98.

Volkshochschule Neukölln. Sonntag abends 7 1/2 Uhr findet in der Aula des Reform-Realgymnasiums Neukölln, Boddenstraße 34/38, das am 5. Februar d. J. ausgefallene Konzert des Hupf-Ensembles statt. Die bereits zum 5. Februar gelösten Eintrittskarten behalten Gültigkeit. Karten 4,10 M. (Saal nummeriert) und 1,00 M. Balkon.

Schutz dem Schlangenmoos! Durch die Ministerialpolizeiverordnung vom 30. Mai 1921 ist eine ganze Anzahl von Tieren und Pflanzen geschützt. Sie dürfen weder feilgehalten noch angekauft, verkauft oder befördert werden. Zu den geschützten Pflanzen gehören auch die in Deutschland vorkommenden Bärlapp- oder Schlangenmoos-Arten (Lycopodium). Ungeachtet des Verbotes werden in hiesigen Märkten, auf Märkten, in Läden und im Straßenhandel große Mengen dieses vornehmlich zur Herstellung von Kränzen usw. zur Verwendung gelangenden Schlangenmooses feilgehalten und verkauft, so daß mit der völligen Ausrottung dieser Pflanzen in absehbarer Zeit gerechnet werden muß, sofern ihr Einsammeln und Vertrieb nicht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert wird. Das Polizeipräsidium macht daher darauf aufmerksam, daß Uebertretungen der vorbezeichneten Ministerialpolizeiverordnung mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark geahndet werden. Die nachgeordneten Dienststellen sind angewiesen, die Einfuhr und den Vertrieb von Schlangenmoos auf das schärfste zu überwachen und etwaige Zuwiderhandlungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Wildebeest vor Gericht. In dem Schwurgerichtsprozess gegen die drei Strausberger Begeleiter, über dessen Anfang wir bereits berichtet hatten, wurde gestern das Urteil verkündet. - Wie schon mitgeteilt, hatte der Hauptangeklagte Pohle, der im Verdacht steht, auch den Ueberfall auf den Autoomnibus bei Strausberg inszeniert zu haben, sich eine breite Binde vor die Augen gebunden, weil er „die Richter nicht sehen wolle.“ Er hielt die Rolle des „wilden Mannes“ während der ganzen Verhandlung durch. Pöhlisch sprach er mit dem gekennenden Ausruf: „Die Richter, die Richter kommen!“ auf zerriß eine blaue Mappe mit Papieren in kleine Stücke und warf diese in den Saal hinein. Da er Miene machte, sich auf die Richter zu stürzen, kam es zwischen dem Weichselkrankeiten kramlernden Angeklagten und den Justizwachtmeistern Flemming und Böber zu einem kurzen Ringkampf, der damit endete, daß Pohle überwältigt und abgeführt wurde. Die weitere Verhandlung gegen P. fand nach Gerichtsbeschlusse in seiner Abwesenheit statt. - Dem Wahrpruch der Geschworenen gemäß erkannte das Schwurgericht auf folgende Strafen. Es wurden verurteilt: Pohle zu 8 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Georg und Paul Möllinski zu 5 bzw. 4 Jahren Gefängnis und je 5 Jahren Ehrverlust, Karnau und Schubert wegen Hehlerei zu 7 bzw. 6 Monaten Gefängnis.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Schütz, Verlagsamtliches Copyright 1918 by H. Pöhlert & Co., Berlin.

Gott der Herr hat es so bestimmt, daß der Mensch leiden soll: immer leide, leide! Dagegen ist nichts zu machen, das ist nun mal unser Schicksal... Es ärgert mich, immer wieder diese Worte zu hören, sie zeigen mich zum Widerpruch. Ich kann den Schmutz nicht leiden, und ich will das Böse, das Unrecht, das grobe, verletzende Verhalten gegen meine Person nicht leiden; ich fühle es, ja, ich weiß es ganz bestimmt, daß ich ein solches Verhalten nicht verdiene. Auch der Soldat mag es nicht verdient haben, was man ihm angetan hat - doch wer weiß, vielleicht wollte er selbst diese lächerliche Rolle spielen...

Maxim, ein ernster, gutmütiger Bursche, wurde vom Dampfer fortgejagt, während der schuftige Stergjei seine Stelle behielt. Das schien mir nicht in der Ordnung. Und wie kam es, daß diese Menschen, die imstande waren, einen Menschen in Wahnsinn und Tod zu hegen, sich demütig fügten, wenn die Matrosen sie anführten, und ihre groben Beschimpfungen ohne Murren hinnahmen?

„Was drängt ihr euch nach einer Seite?“ fährt der Bootsmann sie an und kneift dabei unwillig die schönen Augen zusammen. „Seht ihr nicht, daß das Schiff sich überneigt? Auseinander da, ihr Trottel!“

Die „Trottel“ gehen ruhig nach der anderen Seite hinüber, und wo sie wiederum wie eine Hammelherde fortgejagt werden:

„Nun seht doch die Bande! Weg da!“

In warmen Nächten ist es schwül und stidig unter dem tagüber von der Sonne durchglühnten Blechdach; herum und machen es sich bald da, bald dort bequem. Die Matrosen sie mit kräftigen Rippenstößen: „Heda, was habt ihr euch hier quer über den Weg gelegt? Weg da, marsch an eure Plätze!“

Sie stehen verchlafen auf und schleppen sich dahin, wohin man sie gewiesen. Die Matrosen, die sich doch nur in der Kleidung von ihnen unterscheiden, kommandieren sie wie die Vollzisten. Sie sind so still, so schüchtern und demütig von Ansehen, und es wirkt darum doppelt peinlich, wenn plötzlich diese funtlose, grausame Lust an Bösen die Außenrinde ihrer Demut durchbricht. Es scheint mir, als wüßten alle diese Leute gar nicht, wohin man sie fährt, als sei es ihnen gleichgültig, wo sie abgesetzt werden. Wo man sie auch ausladen mag - sie bleiben ein Wellchen am Ufer sitzen, besteigen wieder diesen oder einen andern Dampfer und fahren irgendwohin weiter. Sie haben alle so etwas Heimatloses, Verirrtes, als fühlten sie sich fremd auf dieser Erde. Und feig sind sie - bis zur Verrücktheit feig! Einmal, um Mitternacht, gab es einen Anall in der Maschine, wie wenn man eine Kanone abgeschossen hätte. Eine dicke weiße Dampf- wolke stieg aus dem Maschinenraum auf und breitete sich auf dem Verdeck aus, und eine Stimme rief aus dem Dunkel:

„Gawrilo, bring' Filz zum Abdichten!“

Ich schlief neben dem Maschinenraum, auf dem Abwärtsschiff, und erwachte von dem Anall und der Erschütterung. An Bord war alles still, der Dampf zischte laut in der Maschine, man hörte ein eifriges Hämmern. Eine Minute später begannen die Deckpassagiere in allen möglichen Tonarten zu jammern und zu heulen, daß mir angst und bange wurde. Weiber mit ausgelöstem Haar und Männer mit erschrockenen Fischen drängten und stießen einander in dem sich rasch verflüchtigen Dampfen, schleppten Bündel, Säcke und Koffer daher, stolperten und fielen, stießen Gott und den Heiligen Nikolaus an und prügelten einander. Es war beängstigend, aber doch auch interessant, und ich lief hinter den Leuten her und gab acht, was sie trieben.

Es war das erste Mal, daß ich Zeuge einer nächtlichen Panik war. Ich wußte, daß es ein falscher Alarm war - der Dampfer ging ruhig in gewohntem Tempo, am Ufer, ganz in nächster Nähe, brannten die Lagerfeuer der Schmitter, die Nacht war hell, und der Voll-

mond stand hoch am Himmel. Doch das alles existierte nicht für die Leute an Deck, immer hastiger rannten sie hin und her, stürzten aus den Kajüten, sprangen über Bord, erst einer, dann ein zweiter und dritter. Zwei Bauern und ein Mönch schlügen mit Holzschellen wie toll auf eine festgeschraubte Bank los, um sie loszuberechnen, vom Hinterteil des Schiffes wurde ein großer Käfig mit Hen ins Wasser geschleudert, neben der Kommandobrücke kniete ein Mann, verneigte sich tief vor jedem, der vorüberlief, und heulte wie ein Wolf:

„Rechtgläubige Brüder, ich bekenne meine Schuld!“

„Ein Boot her, ihr Satansbrut!“ schrie ein dicker Herr ohne Hemd, in bloßen Beinleidern, und schlug sich wütend mit der Faust gegen die Brust. Die Matrosen rannten hin und her, packten die Leute am Schlaftischen, schlügen sie über den Schädel, warfen sie zu Boden. Mit schwerfälligem Schritt bewegte sich Smurn auf dem Verdeck, im Paletot über dem bloßen Nachthemd, und suchte die toposlos Gewordenen mit lauter Stimme zu beschwichtigen:

„So schämt euch doch! Was ist euch in die Knochen gefahren? Es ist gar nichts passiert! Ein paar Narren sind über Bord gesprungen, die Schmitter drüber haben sie aufgefischt... so, jetzt hält der Dampfer, gleich wird man sie zurückbringen... Seht ihr die zwei Boote da, wie?“

Zweimal erlebte ich im Laufe des Sommers solch eine Panik auf dem Dampfer, und jedesmal war sie nicht durch einen Unfall, sondern durch die Angst vor der Möglichkeit eines Unfalls verursacht.

Einmal ertappten die Passagiere zwei Diebe, von denen einer als Pilger verkleidet war, auf frischer Tat und prügelten sie insgeheim, daß die Matrosen es nicht bemerkten, wohl eine Stunde lang. Als die Schiffsleute schließlich die beiden halbtot geprügelten Wanner aus ihren Händen befreiten, um sie auf dem nächsten Landungsplatz der Polizei zu übergeben, schimpfte das Publikum:

„Ein Dieb kommt dem andern zu Hilfe, natürlich!“

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Lohnerhöhung der Bauarbeiter!

Der Bauarbeiter-Verband teilt mit: Die Tarifkommission hat in der Verhandlung am 29. März 1922 wegen der Verlängerung der bezirklichen Lohn- und Arbeitsverträge für das Tarifgebiet Groß-Berlin vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder-Verbindungen aller beteiligten Organisationen folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die bezirklichen Lohn- und Arbeitsverträge für das Tarifgebiet Groß-Berlin werden bis zum 30. April 1922 verlängert. Jedoch sollen a) falls die beiderseitigen Zentralverbände neue Vereinbarungen treffen, diese auch für das Tarifgebiet Groß-Berlin gelten und ferner können b) die Vertragsparteien von diesem Abkommen zurücktreten, falls die Reichstagsverhandlungen scheitern sollten.

2. Die tariflichen Stundenlöhne aller Arbeitergruppen des Hoch- und Tiefbaus werden mit Wirkung vom 31. März 1922 um 5,50 Mark erhöht.

3. Die neuen Löhne sind erstmalig am Freitag, den 7. April 1922 für die verfloßene Woche zu zahlen.

Die Löhne im Hochbau gehalten sich daher vom genannten Termin ab wie folgt: Maurer 21,00 M., Zementierer und Einsteiger 20,05 M., Steinträger 21,00 M., Kalkschläger usw. sowie Zementarbeiter 20,45 M., geübte Bauhilfsarbeiter 20,30 M. und ungeübte Bauhilfsarbeiter 20,20 M. Die Urabstimmung über das Ergebnis erfolgt am Sonntag, den 2. April, in den bekannten Verkehrslökalen. (Siehe Inserat der Morgenausgabe vom 1. April.) Abstimmberechtigt sind: Maurer, Zementierer, Einsteiger, Stein- und Kalkschläger, Kalkschläger, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Puffer, Holzer, Fliesenleger und Kunststeinverleger.

Lohnbewegung der Schuhmacher

Die Verhandlungen der Hoch- und Reparaturschuhmacher mit den Schuhmacherverbänden von Groß-Berlin sind, wenn es am Freitag nicht zu einem Vergleich kommt, als gescheitert zu betrachten. Die Arbeiter haben den am 31. März abgelaufenen Minimallohnvertrag gekündigt und die Erhöhung des Stundenlohnes von 10,50 Mark auf 12,50 Mark für mechanische Betriebe und von 9,50 Mark auf 12 Mark für Schopparbeiter gefordert.

Eine Branchenversammlung, die am Dienstag abend in den Residenzschloß (an der getrockneten Lage Stellung. Der Referent Schüler und auch alle Disziplinärredner lehnten das unzureichende Angebot der Unternehmer ab. Da am kommenden Freitag (den 31. d. M.) die Entscheidung fällt, wird die Kollegenchaft zu Beginn nächster Woche in der Bezirksversammlung über die zu ergreifenden Maßnahmen Stellung nehmen.

Angestelltenstreik in der Zigarettenindustrie

Die Angestellten sämtlicher dem Arbeitgeberverband angeschlossenen Betriebe befinden sich im Streik, mit Ausnahme der Firma Mal- & S. A., A.-G., Panstraße 65, welche die Forderungen der Angestellten anerkannt hat.

Sofort in den ganz kleinen Betrieben die Angestellten der Streikparole des Zentralverbandes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes noch nicht erfolgt sind, haben sie sich unverzüglich der Streikbewegung anzuschließen. Alle Auskünfte erteilt die Zentral-Streikleitung, Anfelstraße 1, Restaurant Rönisch, Telefon: Moritzplatz 11014.

U. S. P. D.-Bekleidungsarbeiter. Am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, findet im Zeichenaal des Gymnasiums, Niederwallstr. 12, eine Versammlung sämtlicher U. S. P. D.-Genossen, die Mitglieder des Bekleidungsarbeiter-Verbandes sind, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur kommenden Generalversammlung. Partei- und Gewerkschaftsausweis legitimieren. — Bez.-Verband Berlin, Brandenburg U. S. P. D. J. A.: A. Holz.

Blumen- und Federarbeiterinnen Groß-Berlins. Gegenüber den uns und vielen Betrieben zugehenden beweglichen Klagen, daß es den Kolleginnen nicht möglich sei, mit den für März und April vereinbarten Lohnsätzen auszukommen, erklären wir, daß wir bereits die notwendigen Schritte unternommen haben, um trotz des laufenden Tarifvertrages für April eine weitere Erhöhung zu erreichen. Wir bitten deshalb, von jeder Einzelaktion in den Betrieben abzusuchen und den Erfolg unserer Bemühungen abzuwarten. — Verband der Fabrikarbeiter.

Handelsschreiber der Lederbranche! Die am 20. März dieses Jahres stattgefundenen Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband des Großhandels sind gescheitert, da die Arbeitgeber auf den für die Branche überaus niedrigen Höchstlohn von 830 Mark pro Woche für verheiratete Arbeiter nur 16 Prozent Teuerungszulage bewilligen wollten. Der Schlichtungsausschuß ist zur Entscheidung angerufen. Bei dem Sturzfall der Unternehmer ist mit einem verstärkten Lohnkampf zu rechnen, so daß die Funktionäre in den Betrieben auf den Ernst der Situation aufmerksam sein müssen. — Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Musikinstrumentenarbeiter. Am Sonnabend, den 1. April 1922, nachmittags 2 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung aller Branchen der Berliner Musikinstrumentenindustrie in der Brauerei Königsplatz, Berlin, Schönhauser Allee 10-11. Alle in der Musikindustrie beschäftigten Arbeiter haben in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Branchenleitung.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, findet in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8-9, eine Bezirksvorstandssitzung statt. Die Geschäftsleitungsitzung beginnt um 2 Uhr nachmittags.

District Königsplatz. Am Sonnabend, den 8. April, findet bei Frau, Berliner Straße 18, eine Districts-generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag, Gen. Sager; 2. Verschiedenes; 3. Neuwahl des Districtsvorstandes.

Sonnabend, den 1. April. **Bezirks-Frauentag.** Am Begrüßungsabend beteiligen sich außer den Delegierten sämtliche Funktionärinnen von Groß-Berlin und alle Genossinnen, die Quartiere zur Verfügung gestellt haben. Der Begrüßungsabend findet 7/8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt. Die Delegierten erhalten ebenda am Sonnabend ihre Ausweise zum Sonntag.

Vereinskalender

Freitag, den 31. März.
 Verband der Gemein- und Eisenarbeiter, Abends 6 Uhr bei Koch, Weberstraße 17, Branchen-Delegiertenversammlung der Holz- und Kleinfabrikanten.
 Deutscher Transportarbeiter-Verband, Zehel-Brücke, außerordentliche Branchenversammlung „Engländer Hof“ Alexanderstraße 77c, nachmittags 4.30 Uhr.
 Vereinstisch für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Internettell und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romerstein, Berlin. — Verlags-Gewerkschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Neimetz, e. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75.



Braune Salamander

in altbewährter Qualität
und den neuen Formen



Läufe Schwaben Wanzen

besitzen 1/2 Stunde nur 10000
 in 1/2 Stunde nur 10000
 in 1/2 Stunde nur 10000

Verlangen Sie nur Goida (n. Hochm.)
 in 1/2 Stunde nur 10000
 in 1/2 Stunde nur 10000

Gummi-Damenbinden, Verbandswatte

Sauger 1 Mk., an Schwämme 3 Mk., Spritzen 0,11 g, Durzond 6,50, 7,50, Gürtel dazu 6 Mk.

Mullbinden, 6 cm x 5 m 3 Mk., Gembindn, 7 m x 6 cm 6 Mk., Irr-gatoren, komplett 10 und 15 Mk., Badethermometer 5 Mk., Fieberthermometer 30 Mk., Urzungen, abwaschbar, für Kinder 5 Mk., für G. 0,50 12 Mk., Haarschere 12, 1 und 2,50 Mk., Zahnpulver, gr. Karbon 2 Mk., Mundwasser, große Flasche 2,50 Mk., Eau de Cologne 30%, Flasche 9 Mk., extragr., 15 Mk., in Franzbranntwein, Flasche 8 Mk., gr. 15 Mk., 1 Liter 60 Mk., Lanolin 3 u. 50 Pf., Vaseline 50 Pf., Toiletseifen 2, 3, 4 Mk., Klebtpapier große Rolle 1 und 2 Mk.

A. Mann & Co., Berlin.
 Markgrafstrasse 94, an der Lindenstrasse 9, 9-6 Uhr, Moritzplatz 2072, Gegründet 1861.

Mehrere tüchtige Revolver-Dreher

stellt sofort ein

Praktikwerkzeug- u. Maschinenbau A.-G., Berlin-Oberschöneweide, Cöpenicker Straße 22-25.

Herren-Garderobe Anzüge-Schlüpfer Paletots

Bequemste Teilzahlung.

Gebr. Kassner
 Bülowstr. 6, am Nollensdorfplatz.

Briefwechsel

zwischen Schüler u. Lehrern

302 Seiten stark und gut gebunden je 5,- Mk.

Hochhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

H. I. mir
 ist jedes Stück mit Preis v. 1,- bis 10,- Mk. Metallstift, Buchstaben und sämtliche Initialen direkt in Eckstein's Hutfabrik Invalidenstr. 13, Ecke Chausseestr., nur 1. Etage

Empfehlen v. Herren- u. Damenbildern
 Für Putzmacherinnen günstige Einkaufsquelle

Metallo

zahl. Tagespreis für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Almetalle

kauft zu Höchstpreisen

Rauchtabak

Pfund 18 Mark

Musiker

alle Gelegenheiten

Buchhandlung „Freiheit“

62, Breite Straße 8-9, 2. Hof parterre

Ständige Bücher-Bilder-Ausstellung

Sozialistische Literatur
 Schöne Literatur / Jugendschriften
 Bilder mit und ohne Rahmen
 Reiche Auswahl

* Antiquariat *

Öffnungszeiten von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags

Distinction Mitteilung an meine Herren!

Preiswerte Angebote:

Mäntel	in engl. Stoffart, Farbe Geometrisch	325.- bis 1100.-
Mäntel	prima Geometrisch, neuartige Form.	695.- bis 1795.-
Kleider	in reichlich. Stoffen	198.- bis 1695.-
Kleiderröcke	marine u. schwarz modern bearbeitet	145.- bis 795.-

Es war ein Herr Endorf in Kombination, dessen Ansehen in der Stadt nicht nur ein großes, sondern ein ganz besonderes ist. Er hat sich in der Spezialabteilung für Kombinationen bewährt und seine Leistungen sind durch seine großartigen Aufträge ganz besonders leistungsfähig.

Wollwolle's Wollwolle
 Berlin N. 39.
 Königsplatz 70-71